



KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT CHAUSSEESTRAßE 128/129 - 10115 BERLIN

An die Vorsitzenden und Mitglieder  
der Bundestagsausschüsse „Bildung und Forschung“,  
„Arbeit und Soziales“ sowie  
„Familie, Senioren, Frauen und Jugend“



Berlin, den 19. April 2010



***Berufsbildungsbericht 2010 im Bundestag: Das Ziel „Ausbildung für alle jungen Menschen“ wurde auch im letzten Ausbildungsjahr 2009 deutlich verfehlt – strukturelle Änderungen im Schul-, Ausbildungs- und Übergangssystem sind unabdingbar***



Sehr geehrte Damen und Herren,

in wenigen Tagen wird im Bundestag der Entwurf des Berufsbildungsberichtes vorgestellt.

Als Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit möchten wir Ihnen unsere Sicht der Problematik nahe bringen und Sie darum bitten, diese in den kommenden Debatten zu berücksichtigen:



Das Ziel „Ausbildung für Alle“ wurde auch 2009 trotz rückläufiger Zahlen bei den Schulabgänger/inne/n wieder deutlich verfehlt: Der positiven Bilanz der Partner im Ausbildungspakt folgt der Kooperationsverbund nicht. Selbst nach offiziellen Zahlen suchten zum Ende des Jahres fast 90.000 Jugendliche weiterhin einen Ausbildungsplatz. Nach wie vor bleiben außerdem viel zu viele junge Menschen auch langfristig ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung. Die Forderung „kein junger Mensch darf verloren gehen“ bleibt ein Lippenbekenntnis angesichts rund 1,5 Millionen junger Erwachsener ohne Berufsabschluss sowie der Tatsache, dass ca. 40% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Ausbildung bleiben.



Der Berufsbildungsbericht und die offizielle Ausbildungsstatistik verdecken die eigentliche Tragweite dieses Problems, so lange diejenigen jungen

Menschen nicht mitgezählt werden, die nach dem Schulabschluss keine Ausbildungsstelle finden und so in Maßnahmen des Übergangssystems einmünden. Dies waren im Jahr 2008 mit 43,7% weiterhin fast die Hälfte aller Schulabgänger/innen. Zu dieser Gruppe zählen nicht nur Jugendliche, denen es an der nötigen Ausbildungsreife mangelt, sondern zahlreiche junge Menschen, die allein aufgrund fehlender Ausbildungsplätze keine Möglichkeit hatten, eine Ausbildung zu beginnen.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, diese Problematik nicht mehr mit der offiziellen Ausbildungsmarktbilanz zu verdecken, sondern stattdessen transparente und reelle Zahlen zu präsentieren. Dann wird deutlich, dass auch in diesem Jahr real mehr Ausbildungsplätze benötigt werden, als die von Wirtschaft und Verwaltung zur Verfügung gestellten.

Das Übergangssystem darf nicht als Puffer für fehlende Ausbildungsplätze genutzt werden, sondern muss stattdessen zu einem kohärenten, transparenten und zuverlässigen Fördersystem für Jugendliche weiterentwickelt werden, die in der Schule nicht ausreichend gefördert wurden und Förderbedarf am Übergang von Schule-Beruf haben.

Aufgrund dieses Förderbedarfes bedeutet die im Rahmen des demografischen Wandels weiter zurückgehende Zahl der Ausbildungssuchenden auch nicht, dass zukünftig Unternehmen bereit und in der Lage sein werden, tatsächlich alle – auch Jugendliche mit schlechteren Startchancen – auszubilden. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert aber, allen Jugendlichen – auch benachteiligten jungen Menschen – eine Ausbildungschance zu geben.

Auch angesichts der aktuell veröffentlichten Hinweise vieler Unternehmen auf die notwendige zusätzliche Unterstützung der Auszubildenden sehen wir einen wichtigen Lösungsansatz im stärkeren Einsatz und regelhaften Ausbau der ausbildungsbegleitenden Hilfen. Als dringend notwendig erachten wir den Ausbau und die Weiterentwicklung von Kooperationsmodellen der betrieblichen Ausbildung zwischen Betrieben und Trägern der Jugendsozialarbeit, die die betriebliche Ausbildung von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen erleichtern. Ohne eine solche Unterstützung lassen Betriebe Ausbildungsstellen lieber unbesetzt, als dass sie auch Jugendlichen mit weniger guten Ausgangsvoraussetzungen eine Chance geben. All dieses setzt eine kontinuierliche Zusammenarbeit von Betrieben und Trägern voraus, die allerdings durch die Ausschreibungspraxis der Bundesagentur für Arbeit gegenwärtig nicht gewährleistet ist.

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit spricht sich dafür aus, ein verlässliches Angebot der außerbetrieblichen Ausbildung auch zukünftig für diejenigen Jugendlichen bereitzuhalten, die trotz Unterstützung einer betrieblichen Ausbildung (noch) nicht gewachsen sind.



Wir fordern außerdem, die weiterhin hohe Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss zu senken. Die Kooperation von Jugendhilfe und Schule muss flächendeckend und verlässlich ausgestaltet werden, um Schulabbrüche zu vermeiden. Auch die Berufseinstiegsbegleitung als ein neues Programm der Bundesagentur bietet, trotz Anlaufschwierigkeiten, aus Sicht des Kooperationsverbundes gute Ansätze, einzelne Jugendliche mit Förderbedarf bereits in der Schule bis hin zum erfolgreichen ersten Ausbildungsjahr zu begleiten.

Da, wo es nötig ist, Schulabschlüsse nachzuholen, sind die entsprechenden Arbeitsmarktinstrumente zu flexibilisieren. Neben Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen müssen auch andere Fördermaßnahmen angeboten werden, um den Jugendlichen wirklich passende Angebote zur Verfügung stellen zu können.

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit appelliert an die politisch Verantwortlichen, die Voraussetzungen zu schaffen für eine kohärente und transparente Förderung für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf, um den Eintritt in das Berufsleben zu bewältigen. Wir bieten gerne an, mit unseren Angeboten, Erfahrungen und Kompetenzen zur Entwicklung einer kohärenten Förderstrategie beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen



Walter Würfel  
Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

Ansprechpartnerin für Nachfragen zu diesem Schreiben: Andrea Pingel,  
Referentin des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit,  
E-Mail: [Andrea.Pingel@jugendsozialarbeit.de](mailto:Andrea.Pingel@jugendsozialarbeit.de), Tel.: 030/288789-535.

*Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich sieben bundesweite Organisationen zusammengeschlossen: die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSa) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), der Paritätische Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB). Als gemeinsame Koordinations- und Kommunikationsplattform dient der Kooperationsverbund der fachlichen Positionierung und Umsetzung jugendpolitischer Vorhaben. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.*

